

## 20 Jahre verikom – unterwegs für gleiche Rechte

Es sollte das Jahr unseres Jubiläums sein. Doch zunächst bremst die Corona-Pandemie unsere Arbeit aus und zwingt uns zur Abschottung, obwohl wir für engagierte Parteilichkeit und niedrigschwellige Offenheit eintreten.

Die Beratungsangebote haben ihre Türen geschlossen, Kurse sind ausgesetzt.

Die Kolleg\*innen halten am Telefon, per E-Mail und Post die Sozial- und Gewaltschutzberatung im Notbetrieb aufrecht. Einzelne Kursteilnehmer\*innen können mit Lernmaterial versorgt werden. Nicht allen gelingt es unter diesen Bedingungen, Hilfsangebote in Anspruch zu nehmen. Die Krise verschärft die soziale Ungleichheit in vieler Hinsicht.

Wir sind gerade für die Menschen zuständig, die ihre sozialen Rechte häufig nur mit Mühe durchsetzen können und die strukturell in dieser Gesellschaft benachteiligt sind.

Vielen werden Aufenthaltsrechte, die Chance auf den Aufbau einer Lebensperspektive und der Zugang zu Sozialleistungen gesetzlich verwehrt. Arbeits- und Wohnverhältnisse sind oft prekär, Jobs sind schlecht entlohnt und gehen schnell wieder verloren, für nötige Berufsqualifizierungen ist keine Förderung in Sicht. Bezahlbare Wohnungen zu finden, ist fast unmöglich. Manchmal fehlt sogar die Krankenversicherung. Schulden häufen sich auf. Der Existenzstress zermürbt das Familienleben. Häusliche Gewalt traumatisiert viele Frauen und viele Kinder.

Wir wissen, dass gerade jetzt in der Krise viele der Ratsuchenden und Nutzer\*innen unserer Angebote zu den verletzbarsten Gruppen der Gesellschaft gehören. Die einen werden ihre Jobs verlieren und ihre Leistungsansprüche allein gegenüber den Behörden verfolgen müssen. Die anderen werden vielleicht zu erhöhter Arbeitsleistung unter Inkaufnahme von Gefahren und ohne zusätzliche Vergütung gedrängt.

In schlechten Wohnverhältnissen, in denen es keinen Rückzugsraum zum Lernen und weder Laptop noch Drucker für die Schüler\*innen gibt, werden Kinder und Eltern an ihre Grenzen kommen. Besonders Alleinerziehende sind in dieser Zeit extrem belastet. Die Kinder armer Eltern drohen in ihren schulischen Möglichkeiten abgehängt zu werden. Die sozialen Kontakte und das Mittagsessen in der Schule fehlen. Zusätzliche Versorgungshilfen wie die Tafeln und soziale Auffangangebote für Kinder und Jugendliche fallen aus.

Das Leben in Gemeinschaftsunterkünften oder Frauenhäusern bietet wenig Schutz vor Ansteckung und sozialem Stress. Wer ohne Versicherung erkrankt und keine Papiere hat, gerät womöglich in Lebensgefahr.

Aber es geht nicht nur um diese - vielleicht kurze - Zeit des gesellschaftlichen Lockdown, die ohne Zweifel einen hohen Preis an verschärften sozialen Notlagen kosten wird.

Es sind die dauerhaften und strukturellen Ausschlüsse von vielen Menschen aus den sozialen Versorgungssystemen und die mangelhafte Daseinsvorsorge, die den Skandal hinter der Corona-Krise darstellen.

- Das Fallpauschalensystem und das Profitsparen der Krankenhäuser auf Kosten des medizinischen Personals, der Pflegekräfte und der Patient\*innen.
- Die armselige Entlohnung in der privatisierten Altenpflege, in der seit Jahren zunehmend Migrantinnen als Pflegeassistentinnen die Arbeit machen.
- Das Einreißen ausbeuterischer Arbeitsverhältnisse im Niedriglohnsektor und der faktische Abbau von Arbeitsrechten in so vielen Branchen.
- Die Vernachlässigung des sozialen Wohnungsbaus und die halbherzige Bekämpfung des Mietenwahnsinns.

- Der Mangel an Schutzhäusern für Frauen und Wohngruppen für Kinder und Jugendliche, die praktisch wohnungslos sind.
- Das System Hartz IV, das die Leistungsberechtigten entwürdigt und von soziokultureller Teilhabe ausschließt.
- Die Ungleichverteilung von Bildungschancen für Kinder durch Armut.
- Der Ausschluss von Sozialleistungen für EU-Bürger\*innen, die den Arbeitnehmerstatus verlieren.
- Die schikanöse Herabsetzung von Geflüchteten durch das AsylbLG und den faktischen Zwang, jahrelang in Sammelunterkünften zu leben.
- Die Bedrohung durch Abschiebung in unsichere Herkunftsländer und Existenzbedingungen.
- Die verweigerte öffentliche Unterbringung der Obdachlosen in Wohnungen.

Im internationalen Maßstab spiegeln sich ähnliche soziale Verwerfungen und Ausbeutungsverhältnisse in z.T. noch schlimmerer Dimension. Die Dauerkrisen der sozialen Ungerechtigkeit, der ökologischen Zerstörung und der Kriege treiben Millionen von Menschen in die Flucht, zur Migration, zur Wanderarbeit und zwingen zu einem Leben unter erbärmlichsten Bedingungen. Europa scheint noch nicht einmal willens, in den Elendslagern der auf der Flucht Gestrandeten humanitäre Abhilfe zu schaffen.

Die Sorge um die Gefahren und die sich verschärfenden Folgen der Corona-Krise bei uns muss sich mit der solidarischen Perspektive auf die Notlagen in anderen Ländern verbinden. Die politischen Forderungen nach Aufnahme und Versorgung schutzbedürftiger Menschen in jeder Hinsicht, die wir vor der Corona-Krise vertreten haben, nach einem demokratisierenden und sozialpolitischen Umbau der Gesellschaft nehmen an Dringlichkeit nur noch zu.

Als Träger von Beratungs- und Bildungseinrichtungen für Migrant\*innen und Geflüchtete und von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt betroffene Personen nehmen wir die kontinuierliche Herausforderung an, mit unserer parteilichen Arbeit, mit politischer Positionierung und öffentlichem Handeln zur Durchsetzung emanzipatorischer Veränderungen in der Gesellschaft beizutragen. Das bedeutet, wir setzen uns mit anderen Akteur\*innen für die Wahrung der Menschenrechte und demokratischer Teilhabe, die soziale Absicherung aller, die Förderung von chancengerechter Bildung und Qualifizierung und den sozial und ökologisch orientierten Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge im Wohnungsbau, im Gesundheits- und Pflegesystem, im Wirtschafts- und Energiesektor ein.

Die aktuelle Krise kann ein gesellschaftliches Umdenken anstoßen und die Fehlentwicklungen unsolidarischen Wirtschaftens und politischer Ausgrenzung klarer aufzeigen. Aber es braucht starke soziale Bewegungen, die ihr Engagement im öffentlichen Raum fortsetzen und den undemokratischen und neoliberalen Entwicklungen aller Art beharrlich entgegentreten. Gern betrachten wir uns als Teil dieser Bewegungen, mit besonderem kritischem Augenmerk auf die rassistische und sexistische Diskriminierung und die Versagung sozialer Rechte, der viele Ratsuchende und Nutzer\*innen unserer Angebote ausgesetzt sind.

Unter dem völlig unerwarteten Vorzeichen der weltweiten Corona-Krise und der eingeschränkten Handlungsfähigkeit unterstreichen wir umso überzeugter das Motto unseres Jubiläums und bleiben unbeirrt: unterwegs für gleiche Rechte.